

MIT Garbsen vergibt Bürgerpreis Mutter Courage 2011 an Horst Dettmer

Dr. Josef Schlarmann spricht vor 130 Interessierten

Zur 27. Verleihung des Bürgerpreises Mutter Courage am 25. Februar 2011 hatte die MIT Stadtverband Garbsen ins Restaurant Körper in Osterwald geladen. Etwa 130 Interessierte waren der Einladung des Vorsitzenden Sönke Tetting gefolgt, der diese Veranstaltung aber wegen einer Erkrankung nicht leiten konnte. Stattdessen erlebte sein Stellvertreter Nico DiStabile seinen ersten Auftritt, den er vor so vielen Menschen zwar mit viel Herzklopfen, aber auch mit Bravour meisterte.



(v.l.n.r.): Editha Lorberg MdL, 2. Vors. Nico Di Stabile, Mutter Couragepreisträger Horst Dettmer, Laudator Klaus Peter, Dr. Josef Schlarmann und Hartmut Büttner. Copyright Foto: Andreas A. Sobotta, Hannover

Mit rund 130 Teilnehmern haben kürzlich den Weg zur Traditionsveranstaltung zur Verleihung des Bürgerpreises Mutter Courage der MIT Garbsen ins Hotel/Restaurant Körper in Osterwald gefunden. Der Bürgerpreis wurde zum 27. Mal verliehen. **Gekürt wurde der Vorsitzende des Berenbosteler Schützenvereins, Horst Dettmer.**

Von Seiten der MIT wurden besonders begrüßt der stellvertretende Landesvorsitzende der Niedersachsen-MIT, Hartmut Valentin, und der Bezirksvorsitzende der MIT Hannover, Dietmar Reddig.

Hauptredner in diesem Jahr war der Bundesvorsitzende der MIT Deutschlands, Dr. Josef Schlarmann. Er sprach zum Thema „Engagierte Bürger - Voraussetzung für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung“.

Viele Bürger klagten über eine Gängelung durch die Politik. Es gebe eine Regelwut der Politik, aber auch zahlreiche Bürger, die nach dem Staat riefen.

Dabei seien Selbstbestimmung und Verantwortung die eigentlichen Grundwerte einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, so Schlarmann.

Leben wir in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung? Leben wir in einer freien oder abhängigen Gesellschaft? Soll es Chancengleichheit oder gleiche Ergebnisse geben, fragte Schlarmann.

Der Bürger hat das Recht, wie er seine Angelegenheiten regelt. Es gebe Selbst- statt Fremdbestimmung. Insofern sei auch die Frage erlaubt, wie viel Staat wir brauchen, um die Freiheitsrechte ausüben zu können.

Es gebe einen Grundkonsens bei den meisten Parteien, wonach es darum ginge, dass Chancengleichheit herzustellen sei.

Bei der aktuellen Hartz IV Debatte gebe es auch Konsens in Hinblick auf das Bildungspaket. Dürfe der Staat auch helfen, wenn Betriebe in Schwierigkeiten gerieten? Dies dürfe nur der Fall sein, wenn das Unternehmen in eine unverschuldete Notlage gerate, aber Zukunft und Produktivität vorhanden seien.

Zu den Chancen gehörten auch Risiken. Die Selbstbestimmung dürfe nicht vom Risiko getrennt werden, so Schlarmann weiter. Es komme darauf an, Schäden nicht auf Dritte zu übertragen.

Auf europäischer Ebene werde von einigen das Prinzip der Solidarität eingefordert. Europa dürfe aber keine Haftungsunion werden.

Es dürfe nicht zum Grundprinzip werden, dass Trittbrettfahrer auch noch belohnt werden.

Die Soziale Marktwirtschaft sei keine Vollkaskoversicherung. Ergebnisgleichheit könne es von daher nicht geben.

Gewinne seien nicht nur das Ergebnis des Erfolges. Sie seien auch Ausweis der Nachfrage und der Produktivität.

Absolut gerechte Gesellschaften gebe es nicht, so Schlarmann.

Es müsse Chancengerechtigkeit - und zwar ohne Privilegien -, Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit geben.

Vor Wettbewerb hätten viele Angst, dabei würde gerade der Wettbewerb die Freiheit der Konsumenten stärken.

Menschen hätten eine altruistische und eine egoistische Seite. Staat und Politik legten den Ordnungsrahmen fest. Es komme aber darauf an, nicht steuernd einzugreifen in den Markt und in den Wettbewerbsprozess. Die Politik müsse sich von daher auf ihre Grenzen besinnen.

Die MIT präferiere einen starken Staat, der auch sanktionieren könne. Dieser starke Staat dürfe sich nicht von Lobbyisten beeinträchtigen lassen, so Schlarmann abschließend.